

K01 Wir gestalten! Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 30.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1 Starke Kommunen brauchen starke GRÜNE

2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind angetreten den sozial-ökologischen Wandel zu
3 gestalten, die Stärken der unterschiedlichen Regionen zu fördern und den
4 Klimaschutz als Chance für eine nachhaltige Regionalentwicklung, die den
5 Menschen nützt, sieht. Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und eine nachhaltige
6 Politik vor Ort sind für uns maßgebend, um unsere Kommunen zukunftsfähig zu
7 machen. Mit unseren Bürgermeister*innen in Dresden, Leipzig und Chemnitz setzen
8 wir dies bereits um. Aber auch darüber hinaus gestalten viele unserer kommunalen
9 Mandatsträger*innen in den Regionen das Lebensumfeld der Menschen.

10 GRÜNE Politik heißt auch, die Vielfalt an Pflanzen und Tieren, vielfältige
11 Landschaft, unversiegelte Böden, sauberes Wasser und gesunde Luft für zukünftige
12 Generation zu erhalten und nicht rücksichtslos zu verbrauchen. Unter sozialer
13 Gerechtigkeit verstehen wir, dass jeder Mensch sein Recht auf gesellschaftliche
14 Teilhabe verwirklichen kann. Niemand darf benachteiligt und ins
15 gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. Wir wollen eine Kommune für ALLE und
16 stehen für eine moderne, offensive und konsequente Gleichstellungspolitik, die
17 wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich,
18 in allen Politikfeldern ansehen.

19 Am 26. Mai 2019 finden in Sachsen die Kommunalwahlen statt. Wir GRÜNE stehen für
20 Klima- und Naturschutz, die Energiewende, gute Bildung von Anfang an und starken
21 sozialen Zusammenhalt in unseren Kommunen. Wir wollen eine nachhaltige
22 Finanzpolitik zum Wohle kommender Generationen, regionale Wertschöpfung und eine
23 moderne Verkehrspolitik, die Regionen anbindet und Großstädte umweltfreundlich
24 in Bewegung hält.

25 Kommunalpolitik ist aber auch immer von landespolitischen Vorgaben abhängig.
26 GRÜNE Politik vor Ort denken wir immer im größeren Zusammenhang und wollen daher
27 auch die Voraussetzungen auf Landesebene schaffen, um unsere sächsischen
28 Kommunen und Landkreise erfolgreich zu gestalten und ihnen dafür das
29 Handwerkszeug bereit stellen.

30 Die Menschen vor dem Klimawandel schützen

31 Klimaschutz und Energiewende vor Ort umsetzen

32 Der Klimawandel betrifft uns in Sachsen massiv. Ob Starkregenereignisse und
33 Überflutungen oder überhitzte Städte. Die Menschen in Sachsen leiden schon heute
34 unter den Folgen und diese werden in Zukunft weiter zunehmen. Wir GRÜNEN sind
35 die Vorreiter*innen für aktiven Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik.
36 Sachsen verschläft derzeit den Ausbau der Erneuerbaren Energien und setzt immer
37 noch auf die klimaschädliche Kohle. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe,
38 die vor Ort umgesetzt werden muss. Wir wollen in den Kommunen Sachsens lokale
39 Klimaschutzkonzepte entwickeln.

40 Die Kommunen müssen bei der Planung zur Produktion Erneuerbarer Energien
41 maßgeblich einbezogen und es sollen ihnen die Investitionen dafür erleichtert
42 werden. Denn die Kommunen sind ein entscheidender Motor bei der erfolgreichen
43 Umsetzung einer dezentralen, bürgernahen Energiewende, wie wir GRÜNEN sie vor
44 Ort machen. Wenn die Kommunen den Klimaschutz als zentrale Aufgabe wahrnehmen,
45 bietet die Energiewende auch gerade im ländlichen Raum große Chancen,
46 Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung in der Region zu steigern.

47 Ebenso wichtig wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die
48 Energieeinsparung. Eine bessere Wärmedämmung oder eine moderne Heizungsanlage
49 wie auch der Einsatz von LED-Lampen rechnen sich - ökologisch und finanziell.
50 Öffentliche Gebäude in Sachsen müssen energetisch auf den neusten Stand gebracht
51 und an den Klimawandel angepasst werden. Investitionen in den Kommunen sind
52 wichtig, denn sie schaffen Arbeitsplätze im Handwerk vor Ort und entlasten
53 langfristig die kommunalen Kassen!

54 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

55 1. Regionale Klimaschutzpläne und Klimaschutzkonzepte aufstellen

56 Die Kommunen wissen selbst am besten, wie sie vor Ort erfolgreichen Klimaschutz
57 betreiben können. Ob Investitionen in die Energiegewinnung oder
58 Energieeinsparung sinnvoller sind, muss in ihrer Entscheidungshoheit bleiben.
59 Grundlage von Klimaschutzplänen ist eine Erhebung aller Energiedaten, sowohl der
60 Erzeugungs-, als auch der Verbrauchsdaten. Erst daraus kann eine erfolgreiche
61 und breit getragene Strategie entwickelt werden. Daraus sollten lokal
62 unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden, wie und wo das Klima am
63 effektivsten geschützt werden kann.

64 2. Energieversorgung dezentral gestalten

65 Die Energiewende stellt eine große Chance für die Kommunen dar. Wir unterstützen
66 sie dabei, ihre Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen. Eine dezentrale
67 Energieversorgung senkt die Strom- und Wärmekosten für Privathaushalte und
68 Unternehmen vor Ort deutlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen daher auch die
69 Neugründung von Stadt- und Gemeindewerken. Auch die weitere Gründung von
70 Energie-Genossenschaften im Land ist uns ein besonderes Anliegen. Sie sind ein
71 wichtiger Bestandteil, die nachhaltige Energiewende nicht nur den Großanbietern
72 zu überlassen und bringen das Land und die Menschen voran.

73 3. Klimafreundlich bauen

74 Die Nutzung regenerativer Energieträger soll bei allen Um- und Neubauten von
75 Gebäuden in der Kommune zum Standard werden. Das Baurecht birgt hier erhebliche
76 Potenziale zur langfristigen Umgestaltung der Städte und Gemeinden. Ein
77 kommunales Dachkataster für Photovoltaik- und Solarwärme-Anlagen sowie
78 Solarsatzungen fördern die Energieerzeugung aus der Sonne. Auch der Austausch
79 der Heizanlagen auf Basis fossiler Brennstoffe durch regenerative Energieträger,
80 gekoppelt mit Nahwärmenetzen, muss erheblich beschleunigt werden.

81 4. Klimatische Bedingungen in den Städten erhalten

82 Ob Bäume, Grünfassaden oder begrünte Dächer, sie alle helfen, die Überhitzung
83 der Städte in Grenzen zu halten, indem sie Sonnenlicht absorbieren und den
84 Menschen Schatten spenden. Ebenso müssen bei der Ausweisung von Baugebieten

85 Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen erhalten werden um die
86 Luftqualität in den Städten erträglich zu halten.

87 Eine intakte Umwelt für die Menschen erhalten

88 Umweltschutz und Naturschutz stärken

89 Zur Lebensqualität in Sachsen gehört die nachhaltige Nutzung unserer
90 Lebensgrundlagen. Die Erhaltung naturnaher Landschaften, der Artenschutz,
91 naturgemäße Bewirtschaftung der Wälder, naturbelassene, unbelastete Gewässer,
92 saubere Luft, gesunde Böden und die drastische Senkung des Flächenverbrauchs
93 sind Garanten für die Lebensqualität vor Ort und somit für ein attraktives
94 Wohnumfeld.

95 In der kommunalen Politik wird über die Flächennutzung entschieden:
96 ressourcenschonendes Bauen, ökologische Baugebiete, Nutzung von Erneuerbaren
97 Energien, Versickerung von Regenwasser, die Renaturierung der Bäche,
98 Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

99 Unsere Ziele sind Dorfkern-Erneuerungen statt tote Ortszentren. Denn diese sind
100 sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Die Ausweisung der Gewerbe- und
101 Baugebiete „auf der grünen Wiese“ in Konkurrenz zwischen Städten und Dörfern ist
102 dagegen kontraproduktiv und kommt nicht nur den Kommunen, sondern auch der Natur
103 teuer zu stehen. Dagegen schont Flächenrecycling durch Nachnutzung von
104 Gewerbebrachen den Freiraum und macht unsere Orte lebenswerter.

105 Viele dieser umwelt- und naturschutzpolitischen Ziele lassen sich gerade auf der
106 kommunalen Ebene sehr gut erreichen.

107 Unsere Kernprojekte im Umwelt- und Naturschutz:

108 1. Tempo machen bei der Gewässerökologie und dem Hochwasserschutz

109 Bäche und Flüsse sind wichtige, lebendige Bestandteile unserer Umwelt. Vielfach
110 sind sie begradigt oder auf andere Weise nachteilig verändert. Wir wollen unsere
111 Gewässer wieder zu lebenswerten Räumen mit einem artenreichen Spektrum an
112 Pflanzen und Tieren entwickeln und gleichzeitig die Ziele der europäischen
113 Wasserrahmenrichtlinie einhalten.

114 Hochwasser und Starkregen mit bisher ungeahntem Ausmaß können viele Menschen
115 treffen. Hochwasserschutz ist Daseinsvorsorge und eine Gemeinschaftsaufgabe der
116 Kommunen, des Landes und des Bundes. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den
117 Flüssen und Bächen ausreichend Retentionsräume zur Verfügung zu stellen und dem
118 technischen Hochwasserschutz vorzuziehen.

119 2. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kommunal halten

120 Das Trinkwasser darf nicht privatisiert werden! Die Wasserversorgung und
121 Abwasserbeseitigung sollen in kommunaler Hand bleiben. Der Schutz des
122 Grundwassers, z. B. vor zu hohen Nitratstickstoff-Werten und Pestiziden, ist die
123 Voraussetzung für die Versorgung unserer Bürger*innen mit dem Lebensmittel
124 Nummer 1 – dem Trinkwasser in bester Qualität. Zum Schutz unseres Grundwassers
125 wollen wir einen verbindlichen Rahmen für die Kooperation der Wasserversorger
126 und der Landwirtschaft setzen. Wir sehen ebenso die Abwasserbeseitigung als
127 wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene. Es ist uns ein
128 großes Anliegen, die Phosphor- und Stickstoffeinleitungen aus unseren

129 Kläranlagen weiter zu senken und die Kosten für die Bürger*innen dabei nicht zu
130 erhöhen.

131 3. Vorfahrt für Natur- und Umweltschutz auf öffentlichen Flächen

132 Öffentliche Flächen bestimmen unser unmittelbares Lebensumfeld. Wir haben es in
133 der Hand, ob hier Insekten, Vögel, Lurche, Reptilien oder Säugetiere ihren
134 Lebensraum finden. Straßenbegleitgrün und kommunale Freiflächen bieten durch
135 Einsaat von insektenfreundlichen Blütmischungen ideale Bedingungen, z. B. für
136 Hummeln und Wild-Bienen. Bei der Pflege kommunaler Freiflächen haben Gifte
137 nichts zu suchen. Pestizide wie Glyphosat gehören nicht auf unsere Äcker, was
138 auf kommunalen Flächen verhindert werden kann.

139 4. Flächenverbrauch reduzieren

140 Tag für Tag geht durch Versiegelung in Sachsen wertvoller Boden verloren. Dies
141 auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen ist uns ein wichtiges Anliegen. Sämtliche
142 Maßnahmen zur Nachnutzung von Brachen müssen ausgenutzt und vom Freistaat
143 unterstützt werden. Naturschutzfachliche Ausgleichsflächen dienen dem Ausgleich
144 von Eingriffen in die Natur. Für unsere kommunalen Naturschutzmaßnahmen brauchen
145 wir deshalb die verlässliche Kenntnis aller Flächen in einem verbindlichen
146 Kataster.

147 5. Baumschutz wieder in den Kommunen verankern

148 Bäume erfüllen, wichtige und unverzichtbare Funktionen, so z. B. zur
149 Verbesserung der Luftqualität, als Schattenspende und Biotop für eine Vielzahl
150 von Tier- und Pflanzenarten. Sie wirken sich positiv auf das Mikroklima aus und
151 sind orts- und stadtbildprägend. Wenn Fällungen unumgänglich sind, müssen die
152 Bäume bilanziell ersetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen wieder
153 Baumschutzsatzungen erlassen können, die diesen Namen verdienen und die
154 Einschränkungen der Landesregierung zurückgenommen werden.

155 6. Ressourcenschonend wirtschaften

156 Wir müssen auf allen Ebenen zu einem ressourcenschonenderen Wirtschaften
157 zurückkehren und die Entstehung von Abfällen so weit wie möglich vermeiden.

158 Dabei bekommen Mehrwegsysteme in den Kommunen eine entscheidende Bedeutung:

159 alle nicht vermeidbaren Abfälle sind nach dem neuesten Stand der Technik zu
160 verwerten. Wir unterstützen den Ansatz gut geführter Wertstoffhöfe als
161 entsprechende Sammelstellen vor Ort und deren Ausbau.

162 Selbstbestimmte Mobilität bewegt Menschen

163 Mobilität und Infrastruktur in Einklang mit Klima und Mensch gestalten

164 Steigende Benzinpreise, die Verantwortung für den Klimaschutz und der
165 demografische Wandel stellen die Verkehrspolitik vor große Herausforderungen. Es
166 gilt, Mobilität sowohl in der Stadt, als auch im ländlichen Raum umweltgerecht
167 und bezahlbar für alle Menschen zu organisieren. Die Integration der
168 unterschiedlichen Verkehrsträger und die Reduzierung des motorisierten
169 Individualverkehrs stehen dabei im Fokus unserer Bemühungen. Neben dem
170 Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wollen wir intelligente
171 Verkehrsdienstleistungen etablieren, wie z. B. Fahrradstationen,
172 Anrufsammeltaxis, Carsharing sowie die Schaffung sogenannter "Shared Spaces", in

173 denen alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig sind. Dort, wo es in den Kommunen
174 entsprechende Ratsbeschlüsse zur Einführung von Tempo-30-Strecken auch auf
175 innerörtlichen Landes- und Bundesstraßen gibt, um Lärm und Emissionen zu
176 reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, unterstützen wir dies. Die
177 Nachfrage nach solchen Modellen ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen.

178 Der Erhalt des vorhandenen und oftmals maroden Landesstraßennetzes muss Vorrang
179 vor Neubaumaßnahmen genießen. Neue Großprojekte im Straßenneubau sind ökonomisch
180 und ökologisch unsinnig und werden auch vom Großteil der Bevölkerung nicht mehr
181 mitgetragen. Wir fordern Investitionen in ein gut ausgebautes und bezahlbares
182 öffentliches Verkehrsangebot. Ein wichtiges Anliegen ist zudem der Schutz vor
183 Verkehrslärm. Wir verschließen uns daher nicht vollständig vor neuen
184 Ortsumfahrungen, wenn kleinere Orte extrem stark von Durchgangsverkehr geplagt
185 sind. In den letzten Jahrzehnten hat der zunehmende Kraftfahrzeug- und
186 Flugverkehr zu einer kaum noch zu ertragenden Lärmbelastung für viele Menschen
187 in Sachsen geführt.

188 Menschen können aber nicht nur durch ÖPNV, Radwege und Straßen miteinander in
189 Verbindung gesetzt werden. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur gehört zu
190 den wichtigen Zukunftsthemen unserer Kommunen. Gerade im ländlichen Raum sind
191 schnelle Internetverbindungen ein harter Standortfaktor. Gesellschaftliche
192 Teilhabe, Telearbeit und die Ansiedlung von Unternehmen kann somit in den
193 Kommunen ermöglicht werden.

194 Unsere Kernprojekte für die Kommunen im Bereich Mobilität:

195 1. Mobilitäts-Angebote dem Bedarf anpassen

196 Mobilität ist ein hohes Gut, auf das alle Bürger*innen unabhängig von Wohnort
197 und Alter ein Anrecht haben und bezahlbar sein muss. Hier darf sich das Land
198 nicht aus der Verantwortung stehlen und die Kommunen allein lassen.

199 Bürger*innen ohne eigenes Auto dürfen nicht von der Außenwelt abgehängt sein. Es
200 müssen neue Bus- und Bahnhaltestellen geschaffen, statt geschlossen werden.
201 Neue, flexible Systeme, wie z. B. Anrufsammeltaxis, Car-Sharing-Angebote und
202 Bürgerbusse können ebenso dazu beitragen, die Versorgung - insbesondere im
203 ländlichen Raum - zu verbessern. Barrierefreiheit muss in allen öffentlichen
204 Verkehrsmitteln gegeben sein. Auch über eine intelligente Verkehrsvermeidung
205 durch Hol- und Bring-Services zu Einkaufsmöglichkeiten sowie Behördengängen
206 lässt sich Verkehr wirksam verringern.

207 2. Mobilitäts- und Radwegekonzepte erstellen

208 In einem Mobilitätskonzept werden die Teilbereiche Fußgänger- und Radverkehr
209 sowie ÖPNV- und Kfz-Verkehr in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt.

210 Radwegekonzepte bieten die Chance der systematischen Erfassung des Bestandes,
211 einer Gefährstellen-Analyse und der Entwicklung eines lückenlosen Netzes.

212 3. Lärmschutzpläne entwickeln

213 Lärm stellt eine der größten gesundheitlichen Belastungen in den
214 Industrieländern dar. Lärmschutz hat sich deshalb zu einer wichtigen Aufgabe der
215 Kommunen entwickelt. Er muss daher als Querschnittsaufgabe betrachtet werden.
216 Wir GRÜNEN wollen Lärmschutz daher nicht nur bei der Verkehrsplanung, sondern

217 auch bei der Bauleitplanung und bei Baugenehmigungsverfahren einfordern und
218 kommunal durchsetzen.

219 Gesundes Essen für die Menschen

220 Lebensmittel regional erzeugen, fair gehandelte Produkte bevorzugen!

221 Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft und die Vermarktung von Lebensmitteln
222 aus der Region fördern und lehnen die Produktion von Lebensmitteln in
223 Agrarfabriken und vor allem durch Massentierhaltung ab. Das ist nicht nur
224 ökologisch sinnvoll, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung ländlicher
225 Räume durch regionale Wertschöpfung. Kurze Lieferwege, transparente
226 Handelsstrukturen und maximale Frische sind für Verbraucher*innen, Händler*innen
227 und unsere Umwelt gleichermaßen gut. Gerade vor dem Hintergrund der permanenten
228 Lebensmittelskandale zeigen die Ansätze zur regionalen Vermarktung ihre
229 herausragende Bedeutung. Hier wird aus der Region für die Region produziert und
230 das mit hohen Qualitätsstandards. Das Konzept der regionalen Vermarktung zahlt
231 sich für beide Seiten aus, denn die Nähe zu Erzeuger*innen bringt den
232 Verbraucher*innen Sicherheit über die Herkunft und Qualität ihrer Lebensmittel.
233 Gleichzeitig erhalten zum einen die Erzeuger*innen faire Preise sowie mehr
234 Stabilität und zum anderen ist die Unabhängigkeit und Zukunftsperspektive für
235 Betriebe gesichert. Auch in den Städten wollen viele Menschen ihre Lebensmittel
236 wieder selbst anbauen und beteiligen sich an Projekten wie der „Essbaren Stadt“.
237 Die Nachfrage nach Bio-Produkten steigt seit Jahren kontinuierlich.

238 Ebenso wächst das Bewusstsein für die Bedeutung einer artgerechten Tierhaltung
239 und für Produkte aus fairem Handel. Eine übergroße Mehrheit der
240 Verbraucher*innen lehnt zudem gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

241 Wir setzen uns für eine strukturelle Stärkung der Verbraucherberatung ein.
242 Öffentliche Ausschreibungen für (Schul-)Mensen und Kantinen-Essen wollen wir so
243 gestalten, dass gentechnikfreie, saisonale und regional erzeugte Lebensmittel
244 vorrangig verwendet werden müssen. Alles, was nicht regional erzeugt werden
245 kann, sollte aus fairem Handel stammen.

246 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

247 1. Regionalvermarktungsinitiativen fördern

248 Wir setzen uns für die Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten ein. Die
249 kommunalen Verwaltungen können regionale Vermarktungsinitiativen durch die
250 Bündelung und das Bereitstellen von Plattformen zur Darstellung (z.B. auf der
251 Homepage der Kommune) und die Durchführung regionaler Märkte unterstützen. Bei
252 der Beschaffung der Nahrungsmittel für interne und externe Veranstaltungen und
253 Empfänger sollen regionale und fair gehandelte Produkte verwendet und beworben
254 werden.

255 2. Ökologische und soziale Beschaffung als Standard einführen

256 Das betrifft in den kommunalen Verwaltungen und Eigenbetrieben Produkte wie
257 Arbeits- und Berufskleidung, Pflaster- und Natursteine, Büromöbel, Holz und
258 Baumaterialien ebenso wie florale Dekorationsartikel, Papier- und
259 Büromaterialien, Informations- und Kommunikationstechnologie, u.v.m.

260 3. Stadtgärten unterstützen

261 In vielen Städten mangelt es an Grünflächen und der finanzielle und personelle
262 Aufwand für die Pflege von Grünflächen nimmt ständig zu. Gleichzeitig möchten
263 viele Menschen sich im Freien betätigen und ihre Lebensmittel wieder selbst
264 erzeugen. Stadt- und Kleingärten sowie Urban Gardening-Projekte bieten hierfür
265 eine Chance und müssen finanziell unterstützt werden. Glyphosate, Herbizide,
266 Neonicotinoide und vieles andere mehr sollen weder auf kommunalen Flächen noch
267 in Kleingärten verwendet werden.

268 4. Mehr Fair-Trade-Städte in Sachsen

269 Fairer Handel ist ein wichtiges Instrument, um mehr Gerechtigkeit und
270 Transparenz im internationalen Handel zu schaffen. Vor Ort bieten sich viele
271 Gelegenheiten auf Fair-Trade-Produkte zu setzen, sei es im Rathaus, in
272 öffentlichen Kantinen, Cafés, Sportvereinen oder im Lebensmittel-Einzelhandel.
273 In Deutschland sind inzwischen mehr als 500 Städte Mitglied im Fair-Trade-Town-
274 Netzwerk. Auch einige sächsische Städte wie Leipzig, Dresden, Freiberg und
275 Markkleeberg sind schon Fair-Trade-Stadt und wir GRÜNEN wollen, dass diesen
276 Titel noch mehr Kommunen erhalten.

277 Bildung ist Menschenrecht

278 Gerechte Bildung und Chancengleichheit!

279 Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer
280 Gesellschaft, deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Gute
281 Bildung eröffnet Menschen in jedem Lebensalter eine Vielfalt von Möglichkeiten
282 und Perspektiven. Wir GRÜNEN wollen allen Bürger*innen den Zugang zu bester
283 Bildung ermöglichen. Wir wollen Ganztagschulen ausbauen, damit die
284 Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht vor der Schultür endet. Mehr Raum und
285 Zeit für gemeinsames Lernen und Leben tut Kindern gut und fördert sie in ihrer
286 Entwicklung. Dafür bedarf es aber auch der entsprechenden Räume. Hier darf sich
287 das Land nicht aus der Verantwortung ziehen und muss die Kommunen beim
288 Schulhaus- und Kindertagesstättenbau weiter unterstützen.

289 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

290 1. Auf den Anfang kommt es an

291 Kita- und Hortplätze sollen besser finanziert werden, um den Betreuungsschlüssel
292 senken zu können. Dadurch können Erzieher*innen weniger Kinder betreuen und
293 ihnen mehr Bildung ermöglichen.

294 Wir wissen, dass die ersten Jahre für die Entwicklung von Kindern entscheidend
295 sind. Aus diesem Grund muss bereits in den Kindertagesstätten die Lust am Lernen
296 und die Neugier der Kinder geweckt werden. Wir möchten Kindertagesstätten in die
297 Lage versetzen, ihrem Bildungsauftrag besser gerecht werden zu können.
298 Spielerisch sollen Kinder dort motorische, sprachliche und soziale Fähigkeiten
299 erlernen.

300 2. Schulen zu Häusern des Lebens und Lernens machen

301 Für die Qualität einer Schule ist eine gute Aufenthaltsqualität von Bedeutung.
302 Wir brauchen Schulen, die Lust aufs Lernen machen! Neben einem angenehmen
303 Raumklima sind hierfür eine ausreichende Anzahl an PC-, Aufenthalts- und
304 Fachräumen sowie eine Mensa unverzichtbarer Bestandteil. Schulen können und

305 sollen einen relevanten Beitrag zu Klimaschutz und Ressourcenschonung leisten,
306 insbesondere da sich diese Investitionen langfristig auszahlen.

307 3. Breites Bildungsangebot vor Ort sichern

308 Wir GRÜNEN fordern eine Schulentwicklungsplanung, die nahe am Wohnort alle
309 schulischen Bildungsabschlüsse anbietet. Wohnortnahe Bildungseinrichtungen
310 machen eine Gemeinde gerade für Familien attraktiv und schaffen Arbeitsplätze.
311 Dabei setzen wir uns für den Erhalt auch kleiner Grundschulen, Schaffung neuer
312 und Vergrößerung bestehender Berufsakademien als „Duale Hochschulen“ im
313 ländlichen Raum, als auch Hochschulen und Volkshochschulen in Klein- und
314 Mittelstädten ein.

315 4. Hand in Hand arbeiten

316 Schulen, Kitas und weitere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen
317 besser zusammenarbeiten. Durch eine gemeinsame kommunale Schulentwicklungs- und
318 Jugendhilfeplanung soll die Kooperation und Vernetzung von Schulverwaltung und
319 Jugendhilfe verbessert werden. Schulsozialarbeit verbessert die Chancen
320 einzelner Schüler*innen. Wir wollen sie daher an jeder Schule etablieren.

321 5. Gesundes und leckeres Essen kostengünstig anbieten

322 Eine gesunde Ernährung ist Voraussetzung für einen gelungenen Kita- und
323 Schulalltag. Den Kindern soll eine hochwertige, gentechnikfreie, warme Mahlzeit
324 aus möglichst regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln angeboten werden.
325 Die Kosten für das Essen müssen in den Kommunen so gestaltet werden, dass
326 niemand wegen seines finanziellen Status von dieser Verpflegung ausgeschlossen
327 wird.

328 6. Dem Analphabetentum den Kampf ansagen

329 Der Anteil der Menschen, die weder lesen noch schreiben können oder sich damit
330 sehr schwertun, ist erschreckend hoch. Dabei bedeutet dies oftmals einen
331 Ausschluss vom öffentlichen Leben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass an allen
332 Volkshochschulen niederschwellige Angebote geschaffen werden, damit jede Frau
333 und jeder Mann eine Chance bekommt, mindestens Grundschulniveau zu erreichen.
334 Dass dies insbesondere auch viele Migrant*innen einschließt, ist für uns eine
335 Selbstverständlichkeit.

336 Das Geld muss dem Menschen zu Gute kommen

337 Nachhaltige kommunale Finanzpolitik

338 Solide Finanzen sind wichtig, um auch noch den nachfolgenden Generationen
339 Möglichkeiten zu schaffen, die Zukunft zu gestalten ohne von Schuldenbergen
340 erdrückt zu werden.

341 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

342 1. Gerechter Kommunalen Finanzausgleich

343 Städte, Gemeinden und Landkreise müssen gerecht und fair über den kommunalen
344 Finanzausgleich bedarfsgerecht finanziert werden. Das Land Sachsen darf sich
345 nicht weiterhin auf Kosten der Kommunen sanieren.

346 2. Gender-Budgeting

347 Geschlechtergerechtigkeit wollen wir herstellen, indem wir die Ausgaben im Sinne
348 des Gender-Budgeting danach überprüfen, welchem Geschlecht sie vor allem zu Gute
349 kommen.

350 3. Transparenz und Bürgerbeteiligung

351 Die wirtschaftlichen Beteiligungen unserer Kommunen wollen wir transparenter
352 machen und die Beteiligung der Bürger*innen bei der Erstellung des Haushalts
353 über Bürgeranträge und -haushalte in kleinen Ortschaften flächendeckend
354 ermöglichen.

355 Alle Menschen sollen mitmachen können

356 Bürger*innen-Beteiligung, Transparenz und Engagement stärken!

357 Ohne engagierte Menschen, ohne Initiativen vor Ort und ohne ein demokratisches
358 Miteinander wären unsere Kommunen nicht das, was sie sind: lebendig und
359 lebenswert. Wir GRÜNEN sind selbst aus Bürger*innen-Initiativen entstanden, für
360 uns hat der Austausch mit Initiativen eine hohe Bedeutung. Demokratie lebt vom
361 aktiven Einmischen – auch und gerade in den Kommunen. Kommunalpolitik muss
362 deshalb transparenter und beteiligungsorientierter werden. Jede und jeder muss
363 die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse einzubringen, unabhängig von
364 Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Behinderung oder Herkunft. Dazu gehört,
365 dass sich kommunale Vertreter*innen gezielt gegen jede Form von Ausgrenzung
366 wenden. Nazis haben in unseren Kommunen keinen Raum.

367 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

368 1. Bürger*innen-Information: transparent und verständlich

369 Beteiligung setzt einen Meinungsbildungsprozess voraus, hierfür ist eine
370 umfangreiche Informationsgrundlage die wesentliche Voraussetzung. Dafür muss
371 Kommunalpolitik allerdings nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger sein.
372 Wir wollen eine transparente Verwaltung, deren Daten und Informationen
373 offengelegt werden. Nur so sind die Leistungen der Verwaltung für alle
374 Bürger*innen nachvollziehbar und die Akzeptanz für Verwaltungshandeln wird
375 gesteigert. Sitzungen der Räte und Ausschüsse auf allen kommunalen Ebenen sollen
376 nur in besonderen Ausnahmefällen nichtöffentlich tagen und auch via Live-Stream
377 im Internet übertragen werden können. Vorlagen und Beschlüsse kommunaler Gremien
378 müssen in verständlicher Art und Weise – nicht nur für Ratsmitglieder –
379 dokumentiert werden und für alle zugänglich sein. Ratsinformationssysteme müssen
380 zu verständlichen Bürger*innen-Informationssystemen weiterentwickelt werden.

381 2. Beteiligung stärken

382 Politik muss sich stärker für informelle Beteiligungsformen wie
383 Mediationsverfahren, Bürger*innen-Kongresse, Dialogforen, dialogorientierte
384 Einwohner*innen-Versammlungen, Schlichtungs- oder Fachgespräche öffnen.
385 Beteiligungsverfahren müssen aber auch gut konzipiert und ernsthaft durchgeführt
386 werden. Daher setzen wir uns in den kommunalen Räten dafür ein, dass
387 Qualitätskriterien für gute Bürgerbeteiligung verabschiedet werden. Bürger*innen
388 wollen sich aber nicht nur beteiligen, sie wollen auch mitentscheiden. Daher
389 sind wir GRÜNEN gerade auf kommunaler Ebene offen für mehr direkte Demokratie:
390 Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf das Instrument
391 des Bürgerbegehrens zurückgreifen. Damit geben gewählte Kommunalpolitiker*innen

392 keine Verantwortung ab, vielmehr wird damit die politische Kultur vor Ort
393 bereichert. Menschen diskutieren und entscheiden somit auch zwischen den
394 Wahlen, wohin es mit ihrer Kommune geht. Auf Landesebene setzen wir uns seit
395 Langem für eine Absenkung der Quoten von Bürgerentscheiden und -begehren.

396 3. Beteiligung von Anfang an

397 Kinder und Jugendliche müssen mit unseren Entscheidungen von heute in Zukunft
398 leben, daher fordern wir eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an
399 kommunalen Entscheidungen. Hier eignen sich verschiedene Formen der Kinder- und
400 Jugendbeteiligung wie Jugendparlamente, Kinder- und Jugendversammlungen oder ein
401 fester Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss, bei dem ihre Belange
402 vorgetragen werden können. Diese Beteiligung muss von allen ernst genommen
403 werden: Beschlüsse der Jugendparlamente müssen Konsequenzen in den kommunalen
404 Räten haben. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche in ihren Gremien über ein
405 eigenes Budget verfügen können. Bei Entscheidungen der Schulentwicklung wollen
406 wir gezielt die lokale Schüler*innen-Vertretungen einbeziehen.

407 4. Kampf gegen Rechtsextremismus: Keine Toleranz für Intoleranz

408 Wir GRÜNEN nutzen vor Ort alle Möglichkeiten, um den Kampf gegen
409 Rechtspopulismus und menschenfeindliche Einstellungen fortzuführen und zu
410 gewinnen. Dazu gehört die Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um (Neo-)
411 Nazi-Veranstaltungen, -Demonstrationen oder -Konzerte zu verhindern. Wir bieten
412 menschenverachtenden Gedanken keinen Raum. Eine breite Unterstützung der lokalen
413 Bündnisse gegen Rechtsextremismus und ein gezieltes Eintreten und Handeln gegen
414 jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dafür erforderlich.
415 Kommunen dürfen nicht wegschauen, wenn sich vor Ort rechtsextreme Gruppierungen
416 breit machen. Menschenfeindlicher Gesinnung muss immer mit Wachsamkeit und
417 Präventionsarbeit begegnet werden.

418 5. Ehrenamtliches Engagement unterstützen

419 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Kommune, die die Menschen unterstützt,
420 aktiviert und für sie da ist. Wir haben dabei größten Respekt vor all den
421 Menschen, die in den Vereinen, bei der Feuerwehr und Rettungsdiensten, in
422 Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie in kommunalen Gremien ihre Zeit der
423 Gesellschaft widmen. Um dieses wichtige ehrenamtliches Engagement zu
424 unterstützen, muss mehr Augenmerk auf der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit
425 Ausbildung, Beruf und Familie liegen. Kommunale Räte, welche schließlich ebenso
426 im Ehrenamt arbeiten, müssen angemessene Aufwandsentschädigungen erhalten. Dazu
427 müssen den Fraktionen Personalbudgets zur Verfügung gestellt werden, um im
428 ungleichen Kampf mit Verwaltungen ein wenig Chancengleichheit herzustellen.

429 Mensch geht's uns gut!

430 Die Kommune ist für Alle da!

431 Wir GRÜNEN wollen allen Menschen eine angemessene Teilhabe am sozialen und
432 gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist von
433 Armut betroffen oder bedroht, am stärksten Alleinerziehende und Kinder. Wir
434 wollen Armut bekämpfen: Dazu brauchen die Menschen ein existenzsicherndes
435 Einkommen, Bildung und Gesundheitsversorgung. Alle Menschen bedürfen der
436 gleichen Wertschätzung und Beachtung. Alle müssen in den Kommunen dabei sein und

437 mitmachen können, unabhängig von sozialem Statuts, Einkommen, Geschlecht, Alter,
438 sexueller Identität, Herkunft, Religion oder Behinderung.

439 Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer Verantwortung gerecht teilen.
440 Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung und sind derzeit in unseren
441 Kommunalparlamenten unterrepräsentiert, obwohl die dort getroffenen
442 Entscheidungen auch ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Wir wollen durch
443 Gender-Mainstreaming und gezielte Frauenförderung in den Kommunen dazu
444 beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Es gilt dabei natürlich auch,
445 Frauen zu bewegen, sich verstärkt zur Wahl zu stellen, worin wir sie
446 unterstützen wollen.

447 Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben haben das Recht auf eine
448 familienfreundliche Gestaltung von Sitzungen und Gremien in der Gemeinde.
449 Jugendliche wollen wir in stärkerem Maße als bisher – auch in
450 institutionalisierter Form – in kommunalpolitische Entscheidungen einbinden.
451 Unser Ziel bleibt es, das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren einzuführen.

452 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

453 1. Geschlechtergerechtigkeit vor Ort umsetzen

454 Wir GRÜNEN setzen uns für gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und
455 Männer ein. Darum wollen wir mehr Frauen in den Räten. Wir GRÜNEN wollen auf
456 unseren Listen 50 % Frauen und 50 % Männer. Nur das ist gerecht und zielführend.

457 Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, Gender-Mainstreaming und Gender-
458 Budgeting können die Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit
459 herzustellen. Wir GRÜNEN stehen für gezielte Frauenförderung auf der kommunalen
460 Ebene und fordern die finanzielle Sicherstellung von wichtigen Anlaufstellen für
461 Frauen in Notsituationen (Frauenhäuser, Frauennotrufe etc.) sowie die verstärkte
462 Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten vor Ort.

463 2. Stadtteile und Dörfer mit und für Menschen entwickeln

464 Wir wollen, dass Menschen in den Gemeinden oder ortsnah alles haben, was sie zum
465 Leben und zum gesellschaftlichen Miteinander brauchen: bezahlbaren und
466 barrierefreien Wohnraum, Versorgungsmöglichkeiten, Treffpunkte, soziale und
467 kulturelle Angebote, Gesundheits- und pflegerische Versorgung,
468 Mobilitätsangebote usw. Besonders gilt dies für Menschen mit Behinderungen oder
469 Unterstützungsbedarf. Wir wollen Räume und Plätze schaffen bzw. ausbauen, an
470 denen Generationen sich begegnen können. Mehrgenerationen-Häuser müssen in ihrer
471 Existenz gesichert bzw. neue aufgebaut werden. Vielfältige Wohnformen für
472 Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf, wie z.B. Mehrgenerationen-Wohnen und
473 Alten-Wohngemeinschaften sollten überall selbstverständlich sein.

474 3. Kommunale Vorbildfunktionen nutzen

475 Der kommunale öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für
476 die Privatwirtschaft ausüben. Neben Arbeitszeitmodellen für die Vereinbarkeit
477 von Familie und Beruf, der Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und der
478 Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen, zählt die
479 Tarifbindung von kommunalen Gesellschaften. Die Gründung von
480 Personalservicegesellschaften zur Umgehung von Tarifverträgen lehnen wir ab.

481 Kommunen und kommunale Gesellschaften sollen bei allen öffentlichen Vergaben die
482 ILO-Kernarbeitsnormen und das Landestariftreuegesetz berücksichtigen.

483 4. Räume für Jugendliche schaffen

484 Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Möglichst selbst
485 verwaltete Jugendzentren gehören in die Mitte der Kommune und dürfen nicht an
486 den Rand gedrängt werden. Im ländlichen Raum wollen wir die Einrichtung von
487 dörflichen Jugendräumen fördern und die mobile Jugendsozialarbeit stärken.

488 5. Lokale Aktionspläne gegen Armut entwickeln

489 Immer mehr Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche sind arm oder
490 armutsgefährdet. Wir wollen, dass in den Kreisen und kreisfreien Städten
491 regelmäßig Armuts- und Reichtumsberichte mit dem Ziel erstellt werden, lokale
492 Aktionsprogramme gegen Armut zu entwickeln. Kern jeder Armutsbekämpfung ist die
493 Sicherstellung eines ausreichenden Einkommens. Finanzielle Sicherheit ist ein
494 Menschenrecht. Die betreuenden Behörden müssen zu einem wertschätzenden Umgang
495 und fördernder Unterstützung der Leistungsberechtigten verpflichtet werden.
496 Mögliche Unterstützungsleistungen müssen den Personen aktiv angeboten werden,
497 die durch Anträge im bestehenden Angebotsdschungel überfordert sind. Wir setzen
498 uns dafür ein, dass die Kommunen in den Jobcentern auf eine großzügige und nicht
499 auf kleinliche Sanktionsregelung hinwirken. Menschen, die als
500 Langzeitarbeitslose am Rande der Gesellschaft stehen, sollten nicht zusätzlich
501 einem unangemessenen Sanktionsdruck ausgesetzt werden. Neben der materiellen
502 Unterstützung erfordert Armutsbekämpfung auch den optimalen Einsatz von
503 Sozialarbeit, Beratungsleistungen und Förderprogrammen. Leicht zugängliche
504 medizinische Versorgung in einer einladenden Umgebung sowie passende Bildungs-
505 und Präventionsangebote bilden die notwendige Grundlage, damit Armut sich nicht
506 verfestigt und Menschen ihre Stärken erkennen und nutzen können. Wir setzen uns
507 für die Einführung von Sozialpässen für einkommensschwache Menschen ein. Diese
508 sollen so gestaltet sein, dass sie nicht zu einer Stigmatisierung der
509 Nutzer*innen führen und eine vergünstigte Nutzung des ÖPNVs sowie öffentlicher
510 und privater Einrichtungen im Bildungs-, Freizeit-, Sport- und Kulturbereich
511 ermöglichen. Kommunen können viel dazu beitragen, dass Armut zwangsläufig
512 bedeutet, am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben zu können.

513 6. Inklusion von Anfang an

514 Menschen mit Behinderungen gehören dazu, mitten drin in der Gemeinde, in der
515 Stadt und im Dorf. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für die Erstellung von
516 kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein.
517 Wir wollen mehr Beiräte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in den
518 Kommunen, damit die Expert*innen in eigenen Angelegenheiten eine starke
519 Interessenvertretung zur Gestaltung von Teilhabe, Selbstbestimmung und
520 Barrierefreiheit direkt vor Ort haben.

521 Mensch, mach mal lauter!

522 Vielfältige Angebote in Kultur und Sport für alle

523 Kultur darf kein Luxus sein! Wir streben stattdessen eine gleichberechtigte
524 Teilhabe aller Menschen an einem breit gefächerten kulturellen Angebot an.
525 Kulturförderung ist auch eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer
526 Städte und Gemeinden. Die kulturelle Infrastruktur mit Theatern, Festivals,

527 Museen, Musikschulen, Kunstschulen, soziokulturellen Zentren, Bibliotheken und
528 anderen kulturellen Initiativen dürfen bei Finanznot der Kommunen nicht auf dem
529 Prüfstand stehen.

530 Sportvereine sind ebenso wie der nicht organisierte Breitensport
531 gesellschaftlich unverzichtbar und bedürfen daher einer verlässlichen kommunalen
532 Förderung. Hinzu kommt eine geringer werdende Bindung der Menschen an Vereine.
533 Dem gesellschaftlichen Wandel müssen wir mit frei zugänglichen Sport-, Spiel-
534 und Bewegungsräumen für Jung und Alt Rechnung tragen. Eine
535 Sportstättenkonzeption, an der alle relevanten Akteur*innen beteiligt werden,
536 kann bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme helfen.

537 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

538 1. Kulturelles Engagement stärken und Freiräume für Kreative eröffnen

539 So wichtig es ist, die bestehenden Kultureinrichtungen zu erhalten und
540 Mitarbeiter*innen fair zu bezahlen, so wichtig ist es für die Weiterentwicklung
541 unserer kulturellen Infrastruktur, Freiräume für neue künstlerische Wege,
542 Organisations- und Teilhabeformen zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die
543 Projektförderung, die Beratung und Unterstützung für kulturell Engagierte und
544 neue kulturelle Initiativen ausbauen. Kreative und Kulturschaffende soll der
545 Aufbau von eigenen Strukturen, Arbeits- und Präsentationsräumen ermöglicht
546 werden.

547 2. Kulturelle Bildung stärken - Zusammenarbeit mit Schulen

548 Wir wollen kulturelle Bildung für alle, insbesondere für Kinder und junge
549 Menschen mit verschiedenen sozialen Hintergründen, ermöglichen. Denn dies ist
550 eine der Schlüsselkompetenzen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können.
551 Deshalb wollen wir beispielsweise Museumspädagogik und Leseförderung, Musik- und
552 Kunstschulen stärken und die Zusammenarbeit von Trägern und Initiativen mit den
553 Schulen verbessern.

554 3. Interkulturelle Arbeit und Ausrichtung von Einrichtungen

555 Kultur kann einen wichtigen Beitrag zur Integration und interkulturellen
556 Verständigung leisten. Wir wollen Kunst- und Kulturprojekte, die von und für
557 Migrant*innen gestaltet werden sowie Weiterbildungsangebote für Kulturschaffende
558 zur Stärkung interkultureller Kompetenzen stärker fördern.

559 Hier bin ich Mensch – hier darf ich`s sein

560 Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune stärken

561 Integrationspolitik vor Ort ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Hier
562 stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Integrationspolitik darf sich
563 nicht ausschließlich auf das Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse
564 reduzieren, sondern muss in allen Bereichen mitbedacht werden. Dabei gilt es,
565 nicht über, sondern mit Migrant*innen und Geflüchteten zu sprechen. Ein
566 wichtiger Baustein dafür ist, Migrant*innen-Beiräte in ihrer Arbeit aktiv zu
567 unterstützen.

568 Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte. Diese
569 sollen im Dialog mit den Beiräten für Migration und Integration, den
570 Migrant*innen-Vereinen, den Wohlfahrtsorganisationen und den Träger*innen

571 interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden. Wir setzen uns für das
572 kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Staatsbürger*innen ein.

573 Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Weltoffenheit,
574 Vielfalt und Toleranz, damit Diskriminierung und Ausgrenzung von Mitbürger*innen
575 in unserem Gemeinwesen keine Chance haben. Die lokalen Initiativen und Bündnisse
576 gegen Rechtsextremismus benötigen größtmögliche Unterstützung. Wir GRÜNEN
577 fordern ein offensives Auftreten der Kommunen gegen jede Form von Rassismus und
578 rechtsextreme Tendenzen.

579 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

580 1. Arbeit der Migranten-Beiräte unterstützen

581 Durch aktive Mitarbeit in den Migranten-Beiräten können wir uns für die
582 gesellschaftliche Integration von Migrant*innen einsetzen und kommunale
583 interkulturelle Projekte anstoßen.

584 2. Für Ausländerbehörden mit Willkommenskultur

585 Die Ausländerbehörden sind wichtige Anlaufstellen für Migrant*innen und
586 Geflüchtete in den Kommunen. Wir wollen eine neue Willkommenskultur in den
587 Ausländerbehörden etablieren, die Migrant*innen und Flüchtlinge nicht als
588 Bittsteller, sondern als Neu-Mitglieder unserer Gesellschaft begreift. Spezielle
589 Schulungen können Verwaltungsmitarbeiter*innen die erforderlichen Kompetenzen
590 für eine migrationsspezifische Beratung vermitteln. Dabei spielen Elemente aus
591 interkulturellen Trainings eine wichtige Rolle. Mitarbeiter*innen in den
592 kommunalen Behörden müssen auf Dolmetscher*innen zurückgreifen können.

593 3. Flüchtlinge willkommen heißen

594 Eine positive Willkommenskultur zeigt sich auch an der Art der Unterbringung.
595 Darauf haben wir vor Ort Einfluss, können Kommunen bei der Suche nach geeigneten
596 Immobilien unterstützen und deren Gestaltung positiv beeinflussen. Mit aktiver
597 Unterstützung der Nachbarn wird das Einleben erleichtert sowie sprachliche und
598 andere Schwierigkeiten am schnellsten überwunden. Oft ist es gerade die Hilfe
599 von ehemaligen Geflüchteten und Einwanderern, die hier beste Hilfe leisten. Dies
600 ist durch Kommunen zu unterstützen und zu fördern. Durch Unterstützung bei der
601 Jobsuche wird Geflüchteten geholfen, eine selbstbestimmte Existenz aufzubauen.

602 4. Diversity-Gedanken stärken

603 Kommunale Verwaltungen und Unternehmen sind ein großer Arbeitgeber in Sachsen
604 und sollten mit gutem Beispiel voran gehen. Diversity-Management macht dabei die
605 positiven Aspekte, die sich durch die konstruktive Nutzung sozialer Vielfalt auf
606 dem Arbeitsmarkt ergeben, in den Betrieben und Verwaltungen zum Thema und
607 versucht sie für den Unternehmenserfolg nutzbar zu machen. Ziel ist nicht nur
608 die individuelle Verschiedenheit im Sinne einer positiven Wertschätzung
609 besonders hervorzuheben, sondern auch eine produktive Gesamtatmosphäre im
610 Unternehmen zu erreichen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu
611 verhindern und die Chancengleichheit zu verbessern.

612 Mensch, das macht mich nicht krank

613 Gesundheit nachhaltig fördern

614 In der medizinischen Versorgung brauchen wir einen Kulturwandel, in dem der
615 Mensch als Sozialwesen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik steht. GRÜNE
616 Gesundheitspolitik zielt auf eine ganzheitliche Betrachtung der Lebensqualität
617 der Menschen - orientiert am Ansatz der präventiven Gesunderhaltung und der
618 Förderung eines gesunden Lebensstils. Einer voranschreitenden Ökonomisierung des
619 Gesundheitswesens müssen wir ein ganzheitliches und nachhaltiges
620 Gesundheitskonzept von der Prävention über Bildung in Kindergärten, gesunde
621 Ernährung, psychosoziale Betreuung bis zur Pflege und Sterbebegleitung anbieten.
622 Das Patient*innen-Interesse muss im Mittelpunkt der Versorgung stehen und die
623 Strukturen am Ziel eines maximalen Nutzens für Patient*innen ausgerichtet
624 werden.

625 Aus dieser Zielvorgabe entwickeln sich die weiteren Maßnahmen zum qualitativ
626 effizienten Umgang mit Ressourcen. Jede/r Bürger*in hat einen Anspruch und das
627 Recht auf gesunde Entwicklung (auch im Alter), Gesundheitsförderung durch
628 Stärkung vorhandener Ressourcen, eine gesunde Umwelt und einen gesunden
629 Arbeitsplatz.

630 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

631 1. Prävention

632 Auf kommunaler Ebene muss Prävention und das Bewusstsein für die eigene
633 (psychische) Gesundheit einen höheren und verbindlicheren Stellenwert bekommen.
634 Kinder müssen schon frühzeitig in der Familie, in Kitas und Schulen eine
635 Gesundheitsschulung vermittelt bekommen.

636 2. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

637 Angesichts der Versorgungslücken in ländlichen und strukturschwachen Regionen
638 sind neue nachhaltige Strukturen in der medizinischen Versorgung zu entwickeln,
639 die eine wohnortnahe Versorgung nach hausärztlichen und fachärztlichen
640 Gesichtspunkten sichern. Eine sozialraumorientierte Versorgung kann durch neu zu
641 schaffende Versorgungspraxen, wie medizinische Versorgungszentren, die von
642 verschiedenen Ärzten sowie Psychotherapeuten genutzt werden können, sowie der
643 Übernahme einiger ärztlichen Tätigkeiten durch andere Heilmittelbringer und
644 Versorgungsassistent*innen in der Hausarztpraxis erreicht werden. Dadurch ist
645 den Bürgern auch ein Mindestmaß an Arztwahl möglich. Unterstützend kann die
646 Telemedizin, vor allem in ländlichen Regionen, eingesetzt werden.

647 3. Krankenhausversorgung in der Fläche

648 Für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum muss den Krankenhäusern die
649 Möglichkeit geboten werden, mehr Patient*innen und Krankheiten, auch ambulant
650 oder teilstationär, zu behandeln. Diese Öffnung der Krankenhäuser für die
651 ambulante Versorgung soll keine Schwächung des ambulanten Sektors (vor allem im
652 Bereich der Fachärzte) zum Ziel haben, sondern das Potential stationersetzender
653 Leistungserbringung im Gesundheitswesen ausschöpfen. Die Krankenhausverteilung
654 in der Fläche muss die Grundversorgung und die zeitliche Erreichbarkeit vom
655 Wohnort aus gewährleisten.

656 4. Psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung

657 Die seit Jahren kritisierte Unterversorgung in der psychiatrischen Versorgung
658 der Bevölkerung ist durch eine Neuberechnung der Bedarfsplanung zu beheben.

659 Der Ausbau von Plätzen für betreutes Wohnen ist dem weiteren Ausbau von
660 Heimplätzen vorzuziehen. Inklusion und ein Leben in normalen Arbeitsbezügen und
661 Nachbarschaften muss in größerem Umfang außerhalb von Sondereinrichtungen
662 ermöglicht werden. Ambulante Behandlung muss vor stationärer Behandlung stehen.
663 Der Ausbau wohnortnaher Krisendienste, an die sich Betroffene und deren
664 Angehörige wenden können, ist zwingend erforderlich. Zwischen Fachkliniken und
665 der Gemeindepsychiatrie sind Verbundkooperationen zu fördern.

666 Menschen den Weg in die Zukunft ebnen

667 Digitalisierung für Alle

668 Immer noch ist Deutschland und auch Sachsen in Bereich der Digitalisierung
669 Entwicklungsland. Egal ob Breitbandausbau, Handyempfang oder E-Gouvernement –
670 Ländern wie Finnland oder Estland hängen wir weit hinter. Selbst einige
671 Entwicklungsländer haben besser Netzabdeckungen als Sachsen. Hier ist noch viel
672 zu tun, um den Menschen eine adäquate Teilhabe an der digitalisierten Welt zu
673 ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Gleichzeitig müssen wir
674 die Herausforderungen und die Vorbehalte der Menschen in einer digitalisierten
675 Welt ernst nehmen und sie in die neue Zeit mitnehmen.

676 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

677 1. Breitbandausbau

678 Eine angemessene Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen ist überall,
679 insbesondere aber auch in ländlichen Regionen ein wichtiges Thema. Dort wo der
680 Markt versagt, müssen die Kommunen tätig werden und alle Möglichkeiten nutzen
681 können. Landesweite Beratungsangebote und Förderprogramme des Landes und Bundes
682 können genutzt und durch interkommunale Zusammenarbeit eine bessere Versorgung
683 hergestellt werden. Wir GRÜNEN setzen uns in kommunalen Gremien dafür ein, dass
684 die digitale Teilhabe auch in ländlichen Regionen besser wird.

685 2. Freies WLAN

686 Wir GRÜNEN unterstützen Initiativen für freies WLAN in den Kommunen und
687 Landkreisen. Egal ob Freifunk oder von der Kommune bereitgestellte Netze – WLAN
688 ist heutzutage genauso wie Breitband einen Grundvoraussetzung für digitale
689 Teilhabe und den Wirtschaftsstandort Sachsen.

690 3. E-Gouvernement

691 Kommunale Behörden sollen und müssen in der Zukunft ankommen. Egal ob Anträge an
692 Behörden, Auskunfts-Ersuchen, Terminvergaben oder Informationsvermittlung – es
693 gibt unzählige Bereiche in denen Behörden mit digitalen Angeboten mehr Service
694 und mehr Bürgernähe für die Menschen erreichen können. Wir GRÜNE fordern die
695 konsequente Umsetzung von E-Gouvernement-Angeboten in den Kommunen. Nur so können
696 die Potenziale für Bürokratiekosten-Entlastung und bürgerfreundlichen Zugang zu
697 staatlichen Dienstleistungen gehoben und die Entwicklung innovativer und
698 barrierefreier Anwendungen ermöglicht werden.

699 4. Medienpädagogische Angebote

700 Nicht nur in den Schulen müssen die Voraussetzungen für das Erlernen neuer
701 digitaler Techniken geschaffen werden. Auch die Vermittlung der sachgerechten
702 Benutzung digitaler Anwendungen ist uns GRÜNEN ein Anliegen. Medienpädagogische

703 Angebote in und außerhalb der Schule spielen dabei eine entscheidende Rolle.
704 Darüber hinaus muss auch den Vorbehalten der älteren Generation gegenüber der
705 Digitalisierung mit entsprechenden Bildungsangeboten an den Volkshochschulen
706 begegnet werden.

707 No prosze! Haló!

708 Den europäischen Gedanken vor Ort sichtbar machen

709 Das europäische Projekt hat zu einer Vielzahl von Errungenschaften von
710 unschätzbarem Wert beigetragen, welches unbedingt unserer weiteren tatkräftigen
711 Unterstützung bedarf. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, durch fortwährende
712 Aufklärung vor Ort, immer wieder auf den Wert und die Bedeutung des
713 zusammenwachsenden Europas hinzuweisen. Denn viele lokale umwelt- und
714 verkehrspolitische Erfolge wie effektiver Lärmschutz, die Ausweisung von
715 europäischen Schutzgebieten, die verbindliche Aufstellung von
716 Luftreinhalteplänen oder die Verbesserung der Qualität unserer Flüsse und
717 Gewässer sind erst aufgrund europäischer Entscheidungen möglich geworden.

718 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

719 1. Für den European Energy Award werben

720 Die Energiewende muss vor Ort stattfinden und kann nur gelingen, wenn sie von
721 allen gemeinschaftlich getragen wird. Dabei sind Bürger*innen genauso gefragt
722 wie die örtlichen Energieversorger. Der European Energy Award wurde auf der
723 Grundlage des Schweizer Programms "Energistadt" entwickelt. Tragende Säulen
724 sind die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung Erneuerbarer Energien
725 in der Kommune.

726 2. Kooperationen und Vernetzungen aufbauen

727 Die Bedürfnisse und Anforderungen von Kommunen und Regionen müssen in Europa
728 mehr Gehör erhalten. Deshalb wollen wir GRÜNEN neue Kooperationen und
729 Vernetzungen auf kommunaler und regionaler Ebene schaffen und bestehende
730 stärken. Wegen unserer geografischen Lage müssen diese Kooperationen auch über
731 Landes- und Staatsgrenzen hinweg geschlossen und praktiziert werden.

732 3. Europäische Fördermittel abrufen

733 Ob EFRE, ESF oder WiFi4EU: es gibt bis zu 200 Förderprogramme auf europäischer
734 Ebene die von den Kommunen genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass
735 die klammen sächsischen Kommunen möglichst viele Projekte mit europäischen
736 Fördermitteln vor Ort umsetzen. Dafür bedarf es aber qualifiziertes Personal in
737 den Verwaltungen, um mögliche Finanzierungen auch zu identifizieren, beantragen
738 und umsetzen zu können.

739 Mensch nicht kriminalisieren – Kommunale Sicherheitspolitik

740 Das Sicherheitsempfinden der Menschen nimmt in den letzten Jahren ab, obwohl
741 sich dies aus den nackten Zahlen der Kriminalitätsstatistiken nicht erklären
742 lässt. Dies hat viel mit der derzeitigen Informationslandschaft zu tun, in der
743 negative Ereignisse viel mehr wahrgenommen werden und ein Gefühl der
744 Unsicherheit hinterlässt. Die Antwort darauf kann aber keine weitere Aufrüstung
745 der unteren Polizeibehörden/ Ordnungsämter oder Überwachung des öffentlichen
746 Raums sein.

747 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

748 1. Polizeibehörden abrüsten

749 Mitarbeiter*innen der Polizeibehörden/ Ordnungsämter sollen den Menschen auf
750 Augenhöhe begegnen. Dafür bedarf es weder Schlagstock, noch Handfesseln, noch
751 Pfefferspray, für deren offensive Anwendung es sowieso keine Rechtsgrundlage
752 gibt. Ein martialisches Auftreten zerstört das Vertrauen der Menschen und
753 schreckt nur noch mehr ab.

754 2. Keine Verbotszonen

755 Wir Grünen werden keine Alkoholverbotzonen, Demonstrationsverbotszonen oder
756 anderweitige Sicherheitsbereiche dulden, welche den Menschen ihre Rechte nehmen,
757 sich im öffentlichen Raum regelkonform zum verhalten. Verdrängung von
758 Menschengruppen um Plätze oder Parks „clean“ zu halten oder anlasslose
759 Personenüberprüfungen durchzuführen sind keine Lösung, sondern verlagert die
760 Problem nur woanders hin. Durch Verfehlungen Einzelner das Leben aller Menschen
761 einzuschränken ist einer liberalen, demokratischen Kommune nicht würdig.

762 3. Videoüberwachung einschränken

763 Datenschutz und Persönlichkeitsrechte sind ein hohes Gut in einem demokratischen
764 Staatswesen. Massenhafte Überwachung des öffentlichen Raums stört das
765 Sicherheitsempfinden vieler Menschen erheblich und ebnet den Weg hin zu einem
766 autoritären Überwachungsstaat. Auch verhindern Überwachungskameras keine
767 Straftat. Wir Grünen wollen die Überwachung des öffentlichen Raums soweit wie
768 möglich zurückfahren. Für die Aufklärung von Verbrechen braucht es genügend
769 Personal in den Polizeibehörden und keine flächendeckende Videoüberwachung.

770 Wir GESTALTEN – für unsere Gemeinde, für unsere Stadt, für unsere Region.

771 Wir GRÜNEN haben Ideen, wir verlassen ausgetretene Pfade, wir suchen neue Wege.
772 Wir bewahren und gestalten Lebensqualität und menschliches Miteinander für
773 nachhaltige und zukunftsfähige Kommunen in Sachsen. Wir machen ökologische,
774 gerechte und soziale Politik – für die Menschen in Sachsen!